Ihre Feuertaufe als wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat Julia Klöckner mit Bravour bestanden. Unter Federführung der früheren Bundeslandwirtschaftsministerin wurde innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein umfassendes und fundiertes Sofortprogramm für Unternehmen und Beschäftigte erarbeitet, das im Bundestag bereits debattiert wurde. In einem Gedankenaustausch mit BDS/BVMU-Vorstandsmitglied Anita Schäfer und Hauptgeschäftsführer Joachim Schäfer erläuterte Julia Klöckner die Schwerpunkte des Sofortprogramms, welches an zentralen Stellschrauben der Rahmenbedingungen für die Wirtschaft allgemein und an die der mittelständischen Betriebe insbesondere ansetzt.

## Neue Impulse

Ziel sei es, neue Impulse für eine Erholung und einen anhaltenden Aufschwung der Wirtschaft zu geben, indem auf der Grundlage eines soliden öffentlichen Haushalts einerseits weitere Wachstumschancen eröffnet und andererseits Zukunftsfelder gesichert und erschlossen werden.

## Temporäre „Turboabschreibung“

Hierzu gehören, nach Julia Klöckners Aussagen, verbesserte steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten durch eine temporäre „Turboabschreibung“ sowie eine realitätsnähere Ausgestaltung der veralteten Abschreibungstabellen der Finanzverwaltung, um die heute deutlich kürzeren Innovationszyklen zu berücksichtigen. Weiterhin müsse es zu einer verbesserten steuerlichen Verlustverrechnung durch eine dauerhafte Ausweitung des Rücktragszeitraums auf mindestens drei Jahre über die Krisenjahre 2020 bis 2022 hinaus kommen. Um eine Abmilderung der hohen Energiepreise und der daraus resultierenden wirtschaftlichen Folgen zu erzielen, schlägt Julia Klöckner vor, die Umsatzsteuer auf Strom-, Gas- und Fernwärmelieferungen für die Jahre 2022 und 2023 auf den ermäßigten Umsatzsteuersatz von sieben Prozent abzusenken. Gleiches gelte auch für die Umsatzsteuer auf andere Energieerzeugnisse, insbesondere auf Kraftstoffe, hob die CDU-Politikerin hervor.

Einen weiteren Schwerpunkt ihrer Tätigkeit als wirtschaftspolitische Sprecherin setzt Julia Klöckner beim Thema Bürokratieabbau. Ihre Forderung: Erhebliche Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen sowie ein Viertes Bürokratieentlastungsgesetz, das insbesondere Schwellenwerte anheben und Aufbewahrungs- und Meldepflichten verkürzen soll.

## Reform des Arbeitszeitgesetzes

Weiterhin fordert die Unionsfraktion ein sogenanntes „Belastungsmoratorium“, das alle Belastungen für Unternehmen und Beschäftigte durch Gesetze und andere Regelungen auf europäischer und nationaler Ebene auf den Prüfstand stellt. Konkret gehe es darum, höhere Kosten durch Bürokratie oder Einschränkungen von Flexibilität zu vermeiden, umschrieb Julia Klöckner die Forderung. Von besonderer Wichtigkeit ist für die Wirtschaftspolitikerin die Reform des Arbeitszeitgesetzes, die unter anderem eine wöchentliche statt tägliche Höchstarbeitszeit im Rahmen flexibler Arbeitsmodelle ermöglichen soll, um die Veränderungen in einer modernen, digitalen Arbeitswelt zu berücksichtigen.

„Die Verbindung aus SPD, Grünen und FDP droht zu einer Stagflations-Koalition zu werden.“

## Kritik an EZB und Ampel-Koalition

Nach eigenen Worten ist es für Julia Klöckner ein Herzensanliegen, dem größten Teuerungsschub, den Deutschland seit 40 Jahren erlebt, befeuert durch eine Rekordinflation mit derzeit über sieben Prozent und einer Rekordniedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie einer Rekordverschuldung, etwas entgegenzusetzen. Dabei richte sich ihre Kritik sowohl an die EZB als auch an die Ampel-Koalition. Nach Klöckners Einschätzung ist die gegenwärtige EZB-Politik der Situation nicht angemessen und die Bundesregierung verstricke sich – so Klöckner weiter – in Ankündigungen und Einzelmaßnahmen, anstatt inflationsbedingte, staatliche Mehreinnahmen einzusetzen, um die Inflationslasten effektiv zu mildern. Julia Klöckner wörtlich: „Die Verbindung aus SPD, Grünen und FDP droht zu einer Stagflations-Koalition zu werden“. Deshalb sei umgehend durchgreifendes politisches Handeln gefragt und ein wirkungsvoller Schutzschirm gegen die Inflation zu spannen, unterstrich die CDU-Politikerin.

„Die Begradigung des sogenannten ‚Mittelstandsbauches‘ ist gerade für den selbstständigen Mittelstand von eminenter Bedeutung.“

## Lohn-Preis-Spirale vermeiden

Dazu gehöre, die sogenannte „kalte Progression“ komplett zu neutralisieren und zudem den Einkommensteuertarif an die Preisentwicklung anzupassen, um bei übersteigenden Nettolöhnen die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale zu vermeiden, verdeutlichte Julia Klöckner ihre Forderung. Die Abschaffung der „kalten Progression“, und damit die Begradigung des sogenannten „Mittelstandsbauches“, sei gerade für den selbstständigen